Der Nachhall lateinamerikanischer Ereignisse im UN-Hauptquartier

von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, am 01.10. 2025)

In seiner Rede vor der 80. Sitzung der **UN-Generalversammlung** am 27. September bekundete der **kubanische** Außenminister Bruno Rodríguez zunächst seine entschiedene Solidarität mit dem Kampf des palästinensischen Volkes gegen den israelischen Völkermord. Er sprach auch über die akuten Probleme der globalen Ungleichheit, bis hin zum Hungertod von 11 Millionen Menschen pro Jahr, darunter 3 Millionen Kinder. B. Rodríguez betonte: Es gibt keine wirksame Antwort auf diese Probleme, solange keine neue Weltordnung geschaffen wird, die allen Völkern Frieden, das Recht auf Entwicklung und souveräne Gleichheit garantiert. Aber „trotz aller Einschränkungen bleibt die UNO die repräsentativste Instanz der internationalen Gemeinschaft, und es ist unsere Pflicht, sie zu erhalten und zu stärken”.
B. Rodríguez forderte, „die Doktrin des ‚Friedens durch Macht‘ abzulehnen, die gleichbedeutend ist mit der Aufzwingung des Willens und der Willkür des US-Imperialismus unter Einsatz von Drohungen, Zwang und Aggression. Diese Doktrin dient den Interessen großer transnationaler Konzerne auf Kosten der Rechte souveräner Länder und ihrer Völker.“
In Bezug auf die Lage in der westlichen Hemisphäre warnte B. Rodríguez: „Über der Karibik schwebt heute die Gefahr eines Krieges aufgrund der außerordentlichen Stationierung von Streitkräften der Marine und der Luftwaffe mit Raketen und Landungs- und Angriffsmitteln sowie Atom-U-Booten. Die USA führen den Kampf gegen Kriminalität und Drogenhandel als Vorwand an, aber niemand glaubt an diese Legende. Die Zerstörung unbekannter Schiffe, deren Ziel unbekannt war, die Ermordung oder außergerichtliche Hinrichtung von Zivilisten, die Beschlagnahmung von Fischereifahrzeugen und die aggressiven Handlungen der USA verstoßen gegen das Völkerrecht und bedrohen den Frieden und die Sicherheit in der Region.“
Kuba lehnte die Drohungen der Aggression gegen Venezuela entschieden ab und bekräftigte vor der UNO seine uneingeschränkte Unterstützung für die bolivarische und chavistische Regierung, die militärisch-politische Allianz unter der Führung des rechtmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros. Die „Monroe-Doktrin“ und jeglicher Versuch der Militarisierung, Intervention oder imperialistischen Vorherrschaft in der Region Lateinamerika und Karibik, die auf dem II. Havanna-Gipfel 2014 zur Zone des Friedens erklärt wurde, wurden abgelehnt.
B. Rodríguez bezeichnete die Blockade Kubas als „echten Wirtschaftskrieg, umfassend und langwierig“. In den letzten acht Jahren hat die Eskalation der Aggression ein beispielloses Ausmaß erreicht, einschließlich wirtschaftlicher Druckmaßnahmen gegen Drittländer. Damit verbunden sind vor allem die Stromausfälle, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Lebensmitteln, der Mangel an Medikamenten, die Abnutzung der Verkehrsmittel und der kommunalen Dienstleistungen sowie die Inflation, unter denen Kuba leidet . Die US-Regierung verfolgt gegenüber Kuba das Ziel, das bereits 1960 in einem geheimen Memorandum des Außenministeriums formuliert wurde: „Seine finanziellen Ressourcen und Reallöhne zu reduzieren, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen“.
Der kubanische Minister erinnerte daran, dass sein Land Opfer des staatlichen Terrorismus der USA war und bleibt. Vor kurzem hat Kuba Washington offiziell eine Liste von Personen und Organisationen übermittelt, die für Terroranschläge gegen sein Volk verantwortlich sind, aber es gab keine Antwort. Im Gegenteil, Washington stuft Kuba zynischerweise als

„Terrorismusförderer“ ein und erschwert ihm damit den Zugang zu Krediten, Banküberweisungen und Handelsbeziehungen. Die USA drohen Bürgern aus mehr als 40 Ländern mit Repressalien, wenn sie Kuba besuchen, sowie Regierungen, die kubanische Ärzte aufnehmen. B. Rodríguez bekräftigte, dass Kuba seinen Verpflichtungen zur medizinischen Zusammenarbeit treu bleibt.
Der Außenminister betonte: „Die Aggression gegen Kuba wird durch eine mächtige Destabilisierungsmaschine verstärkt, die vom Territorium der USA aus, finanziert aus dem Bundeshaushalt, einen Angriff führt, um den sozialen Frieden zu stören, Gewalttaten zu provozieren und die Bevölkerung zu desorientieren.“ Die Kubaner sind sich der Schwere der Herausforderung und der Notwendigkeit bewusst, kreativ und unter Beteiligung aller auf die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Stärkung der Sozialpolitik hinzuarbeiten. „Wir“, so B. Rodríguez, „werden nicht von unserem Traum abweichen, ein besseres und prosperierendes sozialistisches Land für alle auf der Grundlage einer von unserem Volk frei gewählten Verfassungsordnung aufzubauen.“
Trotz aller Schäden, die die USA angerichtet haben, bekräftigte Kuba vor der UNO seine Bereitschaft zum Dialog mit Washington, ohne sich zu unterwerfen und ohne Einschränkung seiner Souveränität. Dabei bleibt Havanna seinen Verpflichtungen als Partner der BRICS-Staaten und dem „Ein-China-Prinzip“ treu, lehnt aggressive NATO-Doktrinen ab und verurteilt einseitige Zwangsmaßnahmen gegen Belarus, Russland, Nicaragua, Venezuela, Nordkorea, Simbabwe, Iran und andere Länder. Kuba setzt sich für den Frieden in Kolumbien ein und solidarisiert sich mit dessen Präsidenten Gustavo Petro. Es bekräftigt seine Solidarität mit dem saharauischen Volk und dessen Recht auf Selbstbestimmung.

Der **venezolanische** Außenminister Iván Gil zeigte vor der UNO eine klare und mutige Haltung. Er hat bestätigt, dass sein Land den Weg des Friedens, der Selbstbestimmung und der Verteidigung des Rechts auf Souveränität gegenüber der Aggression der US-Regierung gewählt hat.
Nach 26 Jahren der bolivarischen Revolution, so sagte er, sei der Weltöffentlichkeit alles bekannt, was die USA unternommen hätten, um Chávez zu stürzen und das historische Projekt zu beenden, das vom Volk in 32 Wahlen unterstützt worden sei. Hinzu komme nun die militärische Bedrohung durch die Entsendung von Kriegsschiffen in die Karibik. I. Gil sagte, das venezolanische Volk liebe den Frieden und sei daher bereit, ihn jederzeit zu verteidigen.
Der Außenminister bedankte sich für die Solidarität mit Venezuela seitens der absoluten Mehrheit der Regierungen und Völker der Welt, insbesondere der BRICS-Gruppe, der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) und der Bewegung der Blockfreien Staaten. Von der Tribüne der Vereinten Nationen aus forderte die Heimat von Bolívar und Chávez die Aufhebung der kriminellen Blockade gegen Kuba, bekundete ihre Solidarität mit den Völkern Palästinas und Nicaraguas und sprach sich für die Aufhebung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen gegen souveräne Staaten aus.
Die Außenminister Kubas und Venezuelas nahmen am VII. Treffen der „Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen” auf Ministerebene teil. Bei einem Treffen mit UN-Generalsekretär António Guterres dankte I. Gil ihm für seine Solidarität mit Venezuela. Bei einem Treffen zwischen I. Gil und dem iranischen Außenminister S. A. Arakchi wurde die Verurteilung der israelisch-amerikanischen Bombardierungen und die Unterstützung des Iran angesichts externer Bedrohungen und Druckbekundungen bekräftigt. Venezuela protestierte gegen die Weigerung des US-Außenministeriums, dem palästinensischen Präsidenten und seiner Delegation Einreisevisa für die Teilnahme an der Sitzung der UN-Generalversammlung auszustellen.

Am Rande der Generalversammlung fand ein Treffen der Außenminister der **CELAC** unter dem Vorsitz des Außenministers **Kolumbiens** statt, das derzeit den Vorsitz in der regionalen Organisation innehat. I. Gil dankte den Teilnehmern des Treffens für ihre einstimmige Entscheidung, die auf dem II. CELAC-Gipfel in Havanna 2014 ausgerufene Friedenszone in der lateinamerikanischen und karibischen Region sowie den atomwaffenfreien Status der Region gemäß dem Vertrag von Tlatelolco von 1967 zu verteidigen, der durch militärische Demonstrationen der USA unter Beteiligung von Atom-U-Booten verletzt wird.

Der **kolumbianische** Präsident Gustavo Petro trat vor der Generalversammlung mit einer antiimperialistischen Haltung auf. Er bezeichnete die **Wirtschaftsblockade gegen Kuba, Venezuela, Iran und andere Länder als eine Form des Völkermords**. Es ist allen klar, auf wen sich seine Worte beziehen: „Heute tut man dasselbe wie Hitler: Man baut Konzentrationslager für Migranten, bezichtigt sie einer Kollektivschuld und bezeichnet sie als Terroristen." Es wurde direkt gesagt, dass USA und NATO „die Demokratie zerstören und den Totalitarismus wiederbeleben".
G. Petro bezeichnete den Kapitalismus als Hauptverursacher der Umweltkrise. Nur eine „weltweite Revolution der Völker" könne die Menschheit vor der Katastrophe retten. „Staatlicher Sozialismus", so Petro, „muss zur globalen Praxis werden".
Der kolumbianische Präsident protestierte gegen die Streichung seines Landes von der Liste der Länder, die den Standards der USA im Kampf gegen den Drogenhandel entsprechen. Er erinnerte daran, dass kein anderes Land so viele Drogenlieferungen beschlagnahmt, so viele Drogenhändler festnimmt und ausliefert und dabei so hohe Verluste erleidet wie Kolumbien. In den USA aber befindet sich der Hauptabsatzmarkt für Drogen, in ihren Banken werden Erlöse aus dem Drogenhandel gewaschen. Die Aktionen der US-Streitkräfte in der Karibik zielen nicht auf die Bekämpfung des Drogenhandels ab, sondern auf die Herrschaft über die Völker des Südens.
Petro beschränkte sich nicht auf Reden vor der UNO, sondern nahm auch an einer Protestkundgebung gegen den Besuch des für den Völkermord verantwortlichen israelischen Premierministers Netanjahu teil. Der kolumbianische Präsident hat den Völkermord an den Palästinensern bereits mehrfach mit Verbrechen des Nationalsozialismus verglichen. Bei einer Kundgebung in New York rief er die Völker dazu auf, „ihre Armeen und Waffen zu vereinen, um die Befreiung des palästinensischen Volkes zu unterstützen". Aufgrund dieser Äußerungen entzog das US-Außenministerium dem kolumbianischen Präsidenten sein Visum für die Einreise in die USA. Das Außenministerium Kolumbiens protestierte in einer Erklärung gegen die Maßnahme des Außenministeriums.

Die Rede des **brasilianischen** Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva vor der UNO fand in einer für die amerikanisch-brasilianischen Beziehungen beispiellosen Situation statt. 200 Jahre lang hat Washington den lateinamerikanischen Riesen aus der Reihe seiner südlichen Nachbarn herausgehoben und ihn als gleichberechtigten Partner der USA dargestellt. Nun aber haben sie Brasilien diskriminierenden Zöllen unterworfen und ihr Territorium der extremen Rechten zur Verfügung gestellt, die dort den Sturz der verfassungsmäßigen Regierung vorbereitet. Damit versucht Washington, Brasilia zu einer Überarbeitung seiner Außen- und Innenpolitik zu zwingen.
Von der Tribüne der Generalversammlung aus erklärte Präsident Lula: „Unsere Demokratie und unsere Souveränität stehen nicht zur Verhandlung. Wir werden ein souveränes Land und ein geeintes Volk bleiben, ungeachtet aller Bedrohungen." Diese Worte wurden mit Applaus aufgenommen.

Lula erklärte die Ursprünge des Konflikts und erinnerte an den Fall des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, einem Freund von Donald Trump. Zum ersten Mal in der Geschichte Brasiliens wurde ein ehemaliger Staatschef wegen Verstoßes gegen die Verfassung, Missachtung des Willens der Mehrheit der Wähler und Beteiligung an einem Putschversuch zu 27 Jahren Haft verurteilt. Die Ermittlungen und das Gerichtsverfahren verliefen streng nach dem Gesetz, wobei das Recht der Angeklagten auf Verteidigung gewährleistet war. Zu den Aktionen der rechten Opposition, die Sanktionen gegen das Heimatland fordert, sagte Lula: „Falsche Patrioten planen und fördern öffentlich Aktionen gegen Brasilien. Ohne Strafe gibt es keinen Frieden."
Der Präsident warnte: „Wenn die internationale Gemeinschaft beim Schutz des Friedens, der Souveränität und der Rechtsstaatlichkeit versagt, sind die Folgen tragisch." Er erinnerte an die Bedrohung durch faschistischen Rechtsextremismus: „Überall auf der Welt versuchen antidemokratische Kräfte, Institutionen zu unterwerfen und Freiheiten zu unterdrücken." Ultras sind sowohl auf der Straße als auch im Internet aktiv. Lula sprach sich für das Recht des Staates aus, die Aktivitäten sozialer Netzwerke zu regulieren.
Der brasilianische Präsident bedauerte, dass die palästinensische Delegation nicht zur Sitzung zugelassen wurde, und betonte: „Nichts rechtfertigt den Völkermord, der in Gaza stattfindet."

Der Schutz der Demokratie vor der Bedrohung durch Rechtsextremismus war Thema eines **Treffens der Staats- und Regierungschefs Brasiliens, Chiles, Kolumbiens, Uruguays und Spaniens am Rande der Generalversammlung.** Im Gegensatz zum ersten Treffen dieser Art im vergangenen Jahr nahm Washington an diesem Treffen nicht teil. Laut den Beratern von Lula hat keiner der Organisatoren des Treffens vorgeschlagen, die USA einzuladen, und auch die Trump-Regierung selbst zeigte kein Interesse daran.
In seiner Rede äußerte Lula deutliche Kritik und **Selbstkritik am linksgerichteten „Progressivismus"**. „Was für mich heute wichtig ist, ist, dass wir uns selbst die Frage beantworten: Wo haben die Demokraten Fehler gemacht? Wo und wann haben die Linken Fehler gemacht? Warum haben wir zugelassen, dass die Rechtsextremen so stark geworden sind? Ist das ihr Verdienst oder unsere Inkompetenz?"
Da Lula nicht nur in seinem Heimatland, sondern zumindest in Lateinamerika als Führer des Linkszentrismus höchste Autorität besitzt, bezog er die Selbstkritik auch auf sich selbst. „Was habe ich als Präsident der Republik getan, um die Volks- und Sozialorganisation zu stärken? Denn oft gewinnen wir Wahlen mit linker Rhetorik, aber sobald wir an die Macht kommen, dienen wir viel mehr den Interessen unserer Feinde als denen unserer Freunde." Häufig, so sagte er, „betrachten wir unsere Wähler, die auf die Straße gingen und dort geschlagen und beleidigt wurden, als Sektierer und Radikale. Wir beginnen, sie zu ignorieren und schenken denen Aufmerksamkeit, die nur gut von uns gesprochen haben. Das ist ein Versagen der Demokratie." Ich denke, dass die bitteren Worte von Lula nicht nur für Brasilien relevant sind.

Dissonanz brachte die Rede des argentinischen Präsidenten Javier Milei in die Sitzung der Generalversammlung ein. 130 Länder unterstützten die Gründung eines palästinensischen Staates, Milei aber stellte sich offen auf die Seite der USA und Israels. Vor einem halb leeren Saal lobte er die Politik Trumps und verglich sie mit seiner eigenen, die im Kongress und auf den Straßen argentinischer Städte abgelehnt wird. Bezeichnenderweise griff Milei von der Tribüne der Vereinten Nationen aus vor allem die Vereinten Nationen selbst an. Nach dem Vorbild seiner hausgemachten „Kettensäge" forderte er eine radikale Kürzung des UN-Apparats und seiner Programme.
Hauptziel von Mileis Besuch in den USA waren ohnehin nicht UNO-Angelegenheiten, sondern ein Treffen mit Trump, um dessen Unterstützung für einen dringenden Kredit des Internationalen Währungsfonds für Argentinien zu erhalten. Mit diesem Köder hofft Milei, kurz

vor den Parlamentswahlen am 26. Oktober die Popularität seiner rechtsextremen Bewegung „Die Freiheit kommt" zu steigern. Das Treffen fand hinter verschlossenen Türen statt, Trump bekundete lediglich in den sozialen Netzwerken seine Unterstützung für Milei bei den bevorstehenden Wahlen. In Argentinien fragt man sich zu Recht: Was werden die USA dafür verlangen? Militärstützpunkte? Die Privatisierung von Erdöl, Lithium, Uran und Atomenergie? Einen Bruch mit Argentiniens wichtigstem Handelspartner – China?
Wie wir sehen, hallten die Ereignisse, die viele Länder Lateinamerikas und darüber hinaus erschütterten, lautstark im UN-Hauptquartier wider.